

dortmund aktiv gegen

rechts
extremismus



Dritte aktualisierte und erweiterte Ausgabe



WIR IN DORTMUND
für Vielfalt, Toleranz und Demokratie



Inhalt

Vorwort

Oberbürgermeister Ullrich Sierau 4

Vorwort

Sonderbeauftragter Hartmut Anders-Hoepgen 5–6

Schlaglichter

Schlaglichter auf die Geschichte antifaschistischer
Aktionen in Dortmund seit 1945 7–19

Akteure

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie 20

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 21

Back Up – Come Back e. V. 22

Come Back 23

Back Up 24-25

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache 26

Ordnungsamt Dortmund – Task Force Dorstfeld 27

Stadt der Vielfalt gegen Rechtsextremismus 28

Integrationsrat der Stadt Dortmund 29

Respekt-Büro 30

Schule ohne Rassismus 31

90 Minuten gegen Rechts 32

Borussia Dortmund 33

Dortmunder Runder Tisch gegen Rechtsextremismus 34

Brackel „Bunt statt Braun“ 35

Der Runde Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld 36

Der Runde Tisch für ein demokratisches Eving 37

Der Runde Tisch Grimmelsiepen –

Brücken bauen zwischen den Kulturen 38

Runder Tisch gegen Rechts in Huckarde 39

Runder Tisch gegen politischen Extremismus in Lütgendortmund 40

Netzwerk gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede 41

Zivilgesellschaftliche Bündnisse

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus 42–43

Bündnis Dortmund gegen Rechts 44

Dortmund Nazifrei – Bündnis demokratisches Dortmund 45

Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus 46

Huckarder Bündnis gegen Rechts 47

Pro-Dortmund e. V. 48

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. RAG Östliches Ruhrgebiet 49

Jugendring Dortmund 50

StadtSportBund Dortmund e. V. 51

Veranstaltungen

Dortmund und die Reichsprogromnacht 52

Holocaustgedenktag 53

Gemordet Karfreitag 1945 54

Der internationale Antikriegstag 54



Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

im Jahr 2015 jähren sich das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zum 70. Mal. „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“, so lautet seit 1945 die politische Maxime in Dortmund. Unsere Stadt hat seitdem eine antifaschistische Tradition entwickelt, die spürbar das gesellschaftliche Klima in Dortmund prägt. Unsere Städtepartnerschaften und die vielen Formate für Völkerverständigung, das Gedenken und die Erinnerungskultur sind Ergebnisse dieses gesellschaftlichen, antifaschistischen Konsenses, ebenso wie neuere Initiativen und Programme gegen Rechtsextremismus, beispielsweise im Sport, in der Bildung oder in der Zivilgesellschaft entstanden sind. Dortmund hat in seinen vielfältigen antifaschistischen Aktivitäten nicht nachgelassen, sondern diese angesichts der Umtriebe der Autonomen Nationalisten, und ihrer Nachfolgepartei „Die Rechte“, nochmals deutlich verstärkt.

Dortmund ist eine vielfältige und weltoffene Stadt, in der Toleranz und Demokratie von der ganz überwiegenden Mehrheit der Menschen geschätzt und gelebt wird. Die Ihnen vorliegende Broschüre ist ein eindrucksvolles Zeugnis des bunten Engagements gegen Rechtsextremismus in Dortmund. Durch dieses breite zivilgesellschaftliche Bündnis und den großen Einsatz vieler Menschen ist es uns gelungen, Dortmund als eine Hochburg des Widerstands gegen Rechtsextremismus zu etablieren – entgegen manch verzerrender Darstellung der letzten Monate.

Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Dortmund,

im November 2011 wurden die unsäglichen Mordverbrechen des NSU, dem rechtsterroristischen Untergrund, aufgedeckt. Seitdem sind Aufmerksamkeit und Sensibilität gegenüber dem Rechtsextremismus in unserem Land endlich größer geworden.

Rechtsextremismus und auch Rechtspopulismus sind in Deutschland und darüber hinaus gesamtgesellschaftliche Probleme und ihre Ursachen brauchen deshalb auch grundsätzliche und übergreifende Antworten. Aber sie müssen unbedingt auch vor Ort bekämpft werden.

In Dortmund haben sich bereits seit Ende 2007 die schon lange aktiven zivilgesellschaftlichen Bündnisse, Runden Tische und Akteure sowie der Rat der Stadt und alle kommunalen Einrichtungen und Ämter verbündet. Sie führen auf der Grundlage eines „Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus“ einen gemeinsamen Kampf für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Auch der anhaltende repressive Druck durch die Polizei war und ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus unentbehrlich. – Aber das alles ist leider immer noch nicht genug.

In den letzten Monaten erleben wir in Dortmund ein weiteres Anwachsen rechtsextremer Gewalt. Die Nazis skandieren immer offener rassistische Parolen und knüpfen mit ihrer menschenverachtenden Hetze unverhohlen an den historischen Nationalsozialismus an.

Es sind nicht mehr als 50 bis 80 dieser rechtsextremen Kumpane in unserer großen Stadt, die Bürgerdialoge stören, Bürgerinnen und Bürger verunsichern, Flüchtlinge einschüchtern und Menschen zu Opfern ihrer Gewalt machen.

Mit ihrem Handeln und ihren Taten entlarven die Rechtsextremen sich selbst als Feinde der Demokratie und der allgemeinen Menschenrechte. Dabei missbrauchen sie auf unerträgliche Weise unsere verfassungsrechtlich geschützten demokratischen Rechte und Gesetze. Mit ihrer Partei „Die Rechte“ sind sie auf makabere Weise unter den Mantel des Parteiengesetzes geschlüpft, das einst vor 70 Jahren in Deutschland nach der ungeheuren Katastrophe des Nationalsozialismus von den Gesetzgebern zum Schutz der demokratischen Parteien in unserem Gesetzeswerk verankert wurde.

Wir wollen nicht, dass die Rechtsextremisten immer noch weiter ihr Unwesen treiben in unserem Land und auch nicht in unserer Stadt. Die zahlreichen Maßnahmen und Projekte, Akteure und Initiativen demokratischer Gegenwehr in unserer Stadt finden Sie in dieser Broschüre. Aber Zivilcourage, demokratischer Widerstand, das Netzwerk der zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteure und auch der repressive Druck der gesetzlichen Ordnungsmächte müssen noch weiter anwachsen und sich verstetigen, damit wir den gegenwärtigen Rechtsextremismus auf überzeugende Weise endgültig aus unserer lebens- und lebenswerten Stadt vertreiben.

Hartmut Anders-Hoepgen

Superintendent a. D.

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Schlaglichter auf die Geschichte antifaschistischer Aktionen in Dortmund seit 1945

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges kam es – wie im ganzen Weimarer Staat – auch in Dortmund zu einem Erstarren von völkischen, nationalsozialistischen und anderen antidemokratischen Bewegungen. Zugleich aber entwickelte sich gerade in Dortmund ein starker Widerstand dagegen, der sich in seinem Kampf für Demokratie, Freiheit und Gleichheit einsetzte. Zwischen 1933 und 1945 wurden linke und demokratische Kräfte vom nationalsozialistischen Staat unterdrückt und verfolgt. Viele Akteure wurden wegen ihrer antifaschistischen Arbeit ermordet.

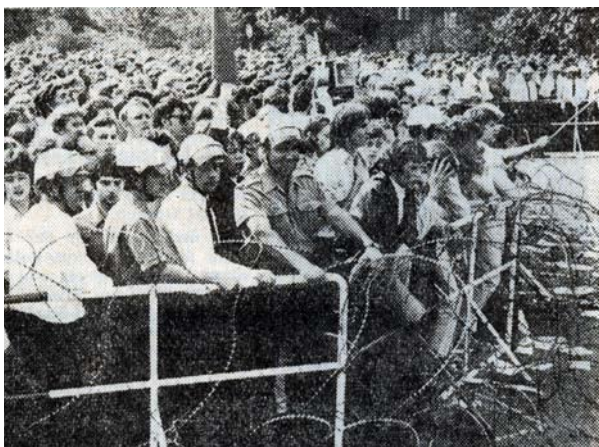


Im neu errichteten Mahnmal in der Bittermark wird 1958 ein französisches NS-Opfer beigesetzt.

Unmittelbar nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft lebte das antifaschistische Engagement in Dortmund wieder auf. Vor allem die Erinnerung an die grausamen Morde im Rombergpark und in der Bittermark trieb die Dortmunder Bevölkerung um. Etwa 230 Gefangene, vor allem ausländische Zwangsarbeiter und Krieggefangene, aber auch Dortmunder Linke, wurden kurz vor Kriegende von der lokalen Gestapo ermordet. Eine erste Trauerkundgebung für die Opfer fand bereits am 26. August 1945 auf dem Hansaplatz statt. Hauptredner war der Widerstandskämpfer und damalige Oberbürgermeister Fritz Henßler.

Seit 1946 erinnert die Stadt Dortmund am Karfreitag in der Bittermark an die grausamen Mordtaten. Diese Veranstaltungen mit mehreren tausend Teilnehmern waren und sind beeindruckende Manifestationen gegen das Vergessen und zugleich ein Zeichen, dass so etwas nie wieder geschehen darf. Die Verbindung von Erinnerung und Prävention prägt die antifaschistischen Aktivitäten der Stadtgesellschaft bis heute.

Die direkte Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis wurde auch in Dortmund unter anderem nach der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als neuer, bei Wahlen teilweise durchaus erfolgreicher Partei, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre akut. Diese erreichte zwar in Dortmund niemals Ergebnisse wie in Hessen und Bayern, hatte hier aber dennoch 1968 in vier Ortsgruppen insgesamt rund 300 Mitglieder. Als Reaktion auf deren vermehrte Aktivitäten gründete sich 1968 die „Antifaschistische Demokratische Aktion“. Sie versuchte als linke Sammlungsorganisation gegen die stärker werdenden Aktivitäten der Dortmunder NPD unter anderem durch Infostände zum historischen Nationalsozialismus, Kundgebungen und Flugblattverteilaktionen vorzugehen.



Protest gegen eine NPD-Kundgebung am Stadtbad 1969.

Teilweise wurden Versammlungen der NPD gewaltfrei „gesprengt“. Ziel war ein Verbot der NPD durch die Bundesregierung.

Politisch deutlich einflussreicher war aber das Engagement aus den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung. So erlebte die NPD bei einer Kundgebung mit ihrem Parteivorsitzenden Adolf von Thadden im September 1969 am Südbad den nach eigener Aussage bis dato bundesweit lautstärksten Protest durch mehrere Tausend Dortmunderinnen und Dortmunder, die „Nazis raus“ riefen und mit Knallfröschen, Tomaten und Eiern warfen, wobei niemand zu Schaden kam. Im Vorfeld hatten DGB und Jugendring auf dem Neuen Markt zu einer Kundgebung unter dem Motto „Für Frieden und Demokratie – gegen Neonazismus und Nationalismus“ aufgerufen. Nachdem die NPD 1969 knapp den Einzug in den Bundestag verpasst hatte, verlor sie auch in Dortmund sukzessive an Bedeutung.

Ende der 1970er Jahre wuchs vor allem in den Reihen der Jugendverbände, der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien das Interesse an einer verstärkten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und dem antifaschistischen Widerstand. Ergebnis war der Ratsbeschluss vom März 1978, durch das Stadtarchiv die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945“ erarbeiten zu lassen.

Diese 1981 eröffnete Ausstellung wurde zunächst an unterschiedlichen Orten innerhalb Dortmunds und in mehreren Dortmunder Partnerstädten gezeigt, bevor sie dauerhaft im Museum am Westpark untergebracht wurde.

Parallel begannen die Bestrebungen vor allem des Jugendrings, das zuletzt als Obdachlosen asyl genutzte und während der NS-Zeit als „Hölle Westdeutschlands“ bekannte ehemalige Polizeigefängnis, die „Steinwache“, vor dem Abriss zu bewahren und zu einem antifaschistischen Gedenk- und Lernort umzuwidmen. 1992 wurde schließlich die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache als zentraler Ort der städtischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Verfolgung und dem Widerstand gegen diese eröffnet.



Oberbürgermeister Günter Samtlebe eröffnet gemeinsam mit dem Historiker Hans Mommsen die Steinwache.

Ebenfalls in den 1980er Jahren rückte das Problem des Neonazismus wieder stärker in den Blickpunkt der Stadtöffentlichkeit. Aus dem gewalttätigen Teil der Fanszene von Borussia Dortmund war die sogenannte Borussenfront entstanden, in deren Reihen bald mit Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt ein bekennender Nationalsozialist den Ton angab. Die Borussenfront war vor allem für rassistische Straßengewalt und Hooliganismus im Zusammenhang mit Fußballspielen bekannt.

Aus ihren Reihen gründete sich zudem der Dortmunder Ableger der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), einer nationalsozialistischen Kleinpartei, die in der Folge ihre Bundeszentrale in der Dortmunder Nordstadt eröffnete. Nach zunehmenden neonazistischen Aktivitäten wie gewalttätigen Übergriffen, Drohbriefen an SPD-Mitglieder, aber auch der genannten Eröffnung der FAP-Zentrale in Dortmund richtete der SPD-Unterbezirk eine Arbeitsgruppe ein, die in Zusammenarbeit mit den Stadtbezirken eine Bestandsaufnahme und ein Handlungskonzept erarbeitete. Es wurden Arbeitskreise gegründet, die mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus den Jugendverbänden und Freizeitstätten zusammenarbeiten sollten. Strategie war unter anderem das Erstellen von Argumentationshilfen, um Jugendliche vor dem Abgleiten in die rechte Szene zu bewahren.

Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollte darüber hinaus die Dortmunder Bevölkerung zur Auseinandersetzung mit dem Problem angeregt werden. 1985 nahm der Rat der Stadt mit den Stimmen von CDU und SPD einen SPD-Antrag zur Schließung des FAP-Büros in der Schlosserstraße und zum Verbot der FAP insgesamt an. 1986 gab die Stadt Dortmund eine Untersuchung der örtlichen rechten Szene in Auftrag.

Deren Ergebnisse bestätigten, dass die Rechtsextremisten der Borussenfront, FAP, NPD, Skinheads und verschiedene rechte Jugendgruppen seit 1982 in Dortmund aktiver geworden waren. Dies wurde allerdings nicht als lokales Phänomen, sondern als eine Entwicklung analog zu der in den meisten bundesdeutschen Großstädten eingeschätzt.

Nach der Vorstellung der Studienergebnisse durch Jugenddezernent Dr. Manfred Scholle warnten Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses aus CDU und SPD vor einer Überbewertung, die den Rechten nur die erwünschte Publizität beschere. „Alle gesellschaftlichen Kräfte müssten diesem Problem gegensteuern, ohne es unangemessen ‚hochzupeitschen‘“, war man sich einig.

Doch das Problem neonazistischer Aktivitäten und Gewalt hielt sich hartnäckig. Vor allem ab 1987 entwickelte sich Dortmund zu einem Zentrum von FAP-Aktivitäten, die sich insbesondere auf Lütgendortmund konzentrierten. Dort wurden Mitglieder einer Bürgerinitiative bedroht und angegriffen. Die Arbeit eines örtlichen Jugendheims war vielfach nur noch unter Polizeischutz möglich. Aufgrund der Häufung neonazistischer Straf- und Gewalttaten in Dortmunder Jugendheimen war im Frühjahr 1986 ein antifaschistischer Arbeitskreis entstanden, dem zunächst alle Ratsparteien nebst Jugendorganisationen angehörten. 1987 waren nur noch mehrere Jugendkeller und -freizeitstätten sowie die Falken übrig geblieben, die Mitte Februar 1987 eine „Aktionswoche gegen den Neofaschismus“ veranstalteten, bei der Druck für ein FAP-Verbot aufgebaut, Jugendliche über Faschismus aufgeklärt und regelmäßige Aktionen vorbereitet werden sollten. Als Hauptgefahr sah man die Borussenfront und ihre Attraktivität für Jugendliche, vor allem im Kontext Fußball. In diesem Zusammenhang entstand auch das „Fan-Projekt Dortmund e.V.“, gegründet im September 1987 durch Kommunalpolitiker, Vertreter der Jugend- und Sportverwaltung und Mitarbeiter des BVB 09.



Auch in der Fanszene des BVB wächst das Engagement gegen Rechts.

Es nahm am ersten August 1988 seine praktische Sozialarbeit auf und ging vor allem auf diejenigen vielfach gewaltaffinen Jugendlichen innerhalb der Fußballszene zu, die unter anderem in Gefahr standen, über die Borussenfront in den organisierten Neonazismus abzurutschen. Ab Mitte der 1990er Jahre nahm im Zusammenhang mit einem Generationswechsel innerhalb der Fanszene einerseits und aufgrund der guten Zusammenarbeit von Sozialarbeitern, BVB 09, dessen Ordnungsdienst, der Stadtverwaltung sowie der Polizei andererseits die massive, auch rassistische Gewalt mehr und mehr ab.

Parallel wurde die Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen zu einem wesentlichen Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus ausgebaut. Im Laufe der Jahre entstand in diesem Zusammenhang in Dortmund ein breites Angebot von Jugendbildung, moderner Erinnerungsarbeit, Demokratieförderung und Menschenrechts-erziehung, das auch über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung und Anerkennung fand und findet. Beispielhaft sind hier die Angebote des Respekt-Büros des Jugendamtes, der Arbeitsstelle für Demokratie und der Jugendbotschaft des Jugendrings Dortmund zu nennen.

Durch Fortbildungsangebote wurden und werden Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen, Traineerinnen und Trainer in die Lage versetzt, rechtsextremes Gedankengut bei Kindern und Jugendlichen zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Darüber hinaus ist Dortmund mit mehr als 30 Schulen, die erfolgreich als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet wurden, in diesem Bereich führend in Nordrhein-Westfalen.



Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Ab Ende der 1990er Jahre wurde allerdings auch die Neonaziszene in und um Dortmund wieder aktiver. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Hamburger Christian Worch als Organisator zahlreicher Demonstrationen und Kundgebungen. In der Stadt selbst waren es – wie an vielen anderen Orten der Bundesrepublik auch – mehr und mehr die sogenannten freien Kameradschaften. Sie vertraten einen im Unterschied zu Parteien wie NPD und Deutscher Volksunion (DVU) deutlich radikaleren und gewalttätigeren Kurs und gaben in der rechtsextremen Szene immer mehr den Ton an. Wie schon im Zusammenhang mit der Borussenfront bildete wieder die Dortmunder Nordstadt einen Schwerpunkt. Mit einer bundesweit einmaligen Maßnahme schloss das Dortmunder Ordnungsamt im Februar 2000 beispielsweise den Neonazi-Treffpunkt „Schützeneck“ an der Schützenstraße wegen „gewerblicher Unzuverlässigkeit“. Ordnungsamtsleiter Werner Spottke äußerte sich zu dieser mit dem Hotel- und Gaststättenamt abgesprochenen Maßnahme: „Alle potenziell dazu geneigten Pächter sollen wissen: Wo verbotene Lieder gesungen und andere fremdenfeindliche Straftaten begangen werden, droht die behördlich angeordnete Schließung des Lokals im sofortigen Vollzug.“

Nachdem wenig später am Abend des Karfreitags rund 30 Rechtsradikale in der Nordstadt Jagd auf „Ausländer“ gemacht und mehrere Menschen verletzt hatten, sprach sich Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer auf einer Demonstration am 1. Mai gegen die rassistischen Ausschreitungen und für die Notwendigkeit antifaschistischen Widerstandes sowie ein friedliches Zusammenleben in der Nordstadt aus. Im September desselben Jahres lud Dr. Langemeyer rund 40 Institutionen zu einem „Runden Tisch“ gegen Fremdenfeindlichkeit. Die vom Verwaltungsvorstand in diesem Zusammenhang aufgelisteten Maßnahmen der Stadt, die das Jugendamt als Präventionsprogramm anbot, umfassten unter anderem politische Bildung und Gewaltpräventionsarbeit. Bereits im Juni hatte die Dortmunder Partnerschaftskonferenz – bestehend aus den freien Wohlfahrtsverbänden, der EDG, den Stadtwerken, dem Einzelhandelsverband, der Staatsanwaltschaft, der Polizei und Projekten wie der City-Konferenz und der Stadtteilarbeit – nach den rechten Ausschreitungen am Karfreitag des Jahres das Thema Rechtsradikalismus zu einem ständigen Tagesordnungspunkt gemacht. Es sollte darum gehen, gemeinsame Ideen und Ansatzpunkte zu entwickeln.



Seit dem Jahr 2000 ermordeten Neonazis in Dortmund mehrere Menschen. Hier: Gedenkkundgebung für das Opfer des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), Mehmet Kubasik, am 04.04.2013.

Trotz einer deutlich gestiegenen Aufmerksamkeit und vermehrten Aktivität von Seiten der Stadt und der Dortmunder Stadtgesellschaft hielten Aufmärsche, Aktionen und Übergriffe aus den Reihen einer nach wie vor sehr aktivistischen und eng am Vorbild des historischen Nationalsozialismus orientierten örtlichen rechten Szene an. Vor allem auch während der sogenannten Wehrmachtausstellung 2003 im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte verstärkten Rechtsradikale ihre Aktionen. Zugleich hielt die Dortmunder Zivilgesellschaft mit einer beeindruckenden Zahl von Veranstaltungen und Demonstrationen dagegen und zeigte, dass in Dortmund kein Platz für Geschichtsrevisionismus, Rassismus, und Antisemitismus ist.

Um langfristige Konzepte zu entwickeln, gab der Rat der Stadt am 13. September 2007 der Verwaltung den Auftrag, einen lokalen Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus – zu erstellen. An das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer) wurde ein Auftrag für ein Gutachten vergeben. Auf der Basis des Ratsbeschlusses und den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen der Bielefelder Studie „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ wurde unter breiter Beteiligung der zivilgesellschaftlich Aktiven und der Dortmunder Bündnisse der „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ entwickelt. Der leitende Superintendent a. D. der Evangelischen Kirche in Dortmund, Hartmut Anders-Hoepgen, wurde zum ehrenamtlichen Sonderbeauftragten berufen und eine Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Büro des Oberbürgermeisters eingerichtet. Der Rat stellte finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Zivilgesellschaft in ihrem Kampf gegen rechtsextreme Umtriebe zu unterstützen. Ziel der Arbeit im Rahmen eines umfassenden städtischen Handlungskonzeptes war und ist eine Analyse des Rechtsextremismus in Dortmund sowie die Unterstützung, Vernetzung und der Ausbau bestehender Strukturen und Aktivitäten gegen Neonazis-

mus. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei nach wie vor in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Seit 2011 wird diese Arbeit durch die Opferberatungsstelle „BackUp“, die sich um Opfer rechter Gewalt kümmert, ergänzt. Träger ist seit Januar 2014 der Verein „BackUp – ComeBack. Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechts- extremismus e.V.“, der sich mit seiner Teilorganisation „Come- Back“ zusätzlich um ausstiegswillige Angehörige der rechten Szene bemüht.

Gegenstand dieser Bemühungen waren vielfach die Aktivitä- ten des der militanten Kameradschaftsszene zuzuordnenden „Nationalen Widerstandes Dortmund“, der für rassistische und faschistische Aktivitäten in der Stadt verantwortlich war. Gleich- zeitig versuchte dieser gezielt, die neonazistische Infrastruktur in der Stadt auszubauen.



So gab es über mehrere Jahre an unterschiedlichen Standorten einen rechten Szeneladen und später das sogenannte Nationale Zentrum – Insidern bekannt unter der Abkürzung „R 135“. Dieses Ladenlokal wurde als Treffpunkt, für Fortbildungen und zur Durchführung entsprechender Kameradschaftsabende genutzt. Es gelang der Stadt Dortmund, den Rechtsextremen dieses Haus „vor der Nase weg“ zu kaufen. Mit dem Verbot des Nationalen Widerstands Dortmund durch den nordrhein-westfälischen Innenminister im Jahr 2012 wurden die angemieteten Räume beschlagnahmt. Am 17. März 2015 konnte hier das Jugendkulturcafe des Jugendamtes eingeweiht werden.

Seit dem Verbot des „Nationalen Widerstandes“ ist es die rechtsradikale Kleinstpartei „Die Rechte“, in der sich Dortmunds Neonazis organisieren. Bei der Kommunalwahl 2014 gelang es ihr, der NPD eins von vorher zwei Mandaten im Rat abzunehmen und in vier Bezirksvertretungen einzuziehen. „Die Rechte“ versucht, ähnlich wie die FAP in den 1980er Jahren und später die Kameradschaftsszene, vor allem durch am historischen Nationalsozialismus orientierte radikale Aktionen ihre Gegner und andere Opfergruppen einzuschüchtern und eine rechte Straßenhegemonie zu erreichen. Gezielte Gegenstrategien der Runden Tische und Bündnisse, der Politik und Stadtverwaltung sowie der Dortmunder Polizei hindern sie bis heute daran, diese Strategie umzusetzen. Es gibt in Dortmund nach wie vor keine „national befreite Zone“ und die große Mehrheit der Stadtgesellschaft grenzt sich deutlich von den Rechtsextremen ab. Der Versuch, ein Parteibüro einzurichten, scheiterte.

So ist das antifaschistische Engagement der Dortmunder Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren erneut gewachsen. Neben den stadtweit agierenden fünf großen Bündnissen sind mittlerweile in acht von zwölf Dortmunder Stadtbezirken Runde Tische oder vergleichbare Netzwerke entstanden, die untereinander und mit weiteren Aktiven vernetzt sind. Mit großem Einsatz und vielfältigen Aktivitäten sorgen sie dafür, dass die Rechtsextremen vor Ort nicht

Fuß fassen können und die demokratische Kultur keinen Schaden nimmt. Zur Unterstützung der vielfältigen Aktionen und Projekte stellt die Kommune zum einen jährlich 200.000,00 € zur Verfügung und zum anderen hat auch die Teilnahme Dortmunds am Bundesförderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zu einer Bereicherung der demokratischen Landschaft, insbesondere für junge Menschen, beigetragen. Seit dem ersten Januar 2015 ist Dortmund Teilnehmerin am neuen Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

So ist genau 70 Jahre nach dem Ende von Krieg, Holocaust und nationalsozialistischer Verfolgung festzuhalten, dass in der Stadt Dortmund ein vielfältiges antifaschistisches Netzwerk aus Stadt und Zivilgesellschaft besteht, das durch seine Standbeine Erinnerung und Prävention dafür sorgt, dass nichts vergessen und niemand allein gelassen wird und die ideologischen Erben der Täter von einst keine Chance bekommen.



Einweihung des Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) vor der Auslandsgesellschaft im Juli 2013.



Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Am 24. November 2011 beschloss der Rat der Stadt Dortmund den „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“. Dieser ruft Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft dazu auf, sich dem Rechtsextremismus auf allen Ebenen entgegenzustellen. Mit der Umsetzung des darin enthaltenen Handlungskonzeptes für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, beauftragte der Oberbürgermeister den bereits 2007 zum ehrenamtlichen Sonderbeauftragten berufenen Hartmut Anders-Hoepgen.

In der im Rathaus verankerten Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie arbeiten zudem zwei städtische FachreferentInnen. Ihre Aufgabe ist es u. a. den seit 2008 eingerichteten Aktionsfond zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Aktionen zu betreuen.

Darüber hinaus koordiniert diese Stelle sämtliche Prozesse zur Weiterentwicklung und Umsetzung des Aktionsplans und lädt alle zivilgesellschaftlichen Akteure ein, sich aktiv am Prozess zu beteiligen.

Nähere Informationen zum Aktionsplan erhalten Sie im Internet unter: www.vielfalt.dortmund.de

Kontakt

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters Hartmut Anders-Hoepgen

Ansprechpartner der Koordinierungsstelle:

Birgit Miemitz, Michael Plackert

Friedensplatz 1

44122 Dortmund

Tel. (0231) 50-2 64 50 und 50-2 61 56

vielfalt@dortmund.de

www.vielfalt.dortmund.de

Demokratie leben!Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit**Bundesprogramm „Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt
und Menschenfeindlichkeit“**

Seit Januar 2015 nimmt die Stadt Dortmund am Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ teil.

Dieses Programm hat zum Ziel, im Rahmen einer „Partnerschaft für Demokratie“ lokal für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beizutragen. Dabei geht es um die Stärkung der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommune, die Stärkung des Engagements für Demokratie, die Förderung der Ausgestaltung einer vielfältigen lokalen Kultur des Zusammenlebens und die Bearbeitung von örtlichen Problemlagen.

Im Rahmen des Programms können Initiativen, Vereine und andere lokal wichtige Akteure der Zivilgesellschaft über einen Zeitraum von maximal drei Jahren zielgerichtet gefördert werden.

Das Programm wendet sich an Zielgruppen wie Jugendliche, Pädagogen/-innen und Eltern, ebenso wie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den verschiedensten Bereichen der Zivilgesellschaft.

Nähere Informationen zum Programm und den Fördermöglichkeiten finden sich unter der nachstehenden Internetadresse.

Kontakt**Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
Birgit Miemitz**

Friedensplatz 1

44122 Dortmund

Tel. (0231) 50-2 64 50

www.demokratie-leben.de oder www.vielfalt.dortmund.de



BackUp – ComeBack e. V.

Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V.

Dieser zivilgesellschaftliche Verein wurde im Juni 2013 in Hamm gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen Personen aus den demokratischen Parteien, Kirchen, DGB-Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Institutionen im westfälisch-lippischen Landesteil von NRW. Der Verein hat im Januar 2014 offiziell die Trägerschaft für die beiden getrennt arbeitenden Beratungs-einrichtungen BackUp und ComeBack übernommen.

Der gemeinnützige Verein finanziert die beiden Einrichtungen sowie weitere mögliche Arbeitsmodule der offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus über Fördermittel des Landes NRW, der Stadt Dortmund sowie über Sponsoren- und Spendengelder von Institutionen und Privatpersonen.

Dem Verein ist die Unterstützung und Begleitung der Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt wichtig. Mit einer offensiven und aufklärenden Öffentlichkeitsarbeit wollen wir den Opfern eine Stimme geben.

Durch die Gewinnung und den Einsatz von Multiplikator_innen wollen wir Sympathisant_innen oder Mitläufer_innen des Rechtsextremismus Alternativen vor dem Einstieg in die Szene aufzeigen. Ausstiegswilligen machen wir Hilfeangebote für ihren Weg heraus aus der rechtsextremen Szene. Zusammen mit vielen anderen Partnern in einem landesweiten Netzwerk wollen wir den Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden und gewalttätigen Ideologie, die unmittelbar an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, zurückdrängen und die demokratische Kultur stärken.

Kontakt

BackUp-ComeBack...e.V.

Hartmut Anders-Hoepgen (Vorsitzender)

c/o Der Paritätische, Friedensplatz 7, 44135 Dortmund

Tel. 0172/309 47 46

info@backup-comeback.de

www.backup-comeback.de



ComeBack

Beraten. Unterstützen. Informieren.

Um rechtsextreme und rechtsextrem orientierte junge Menschen bei ihrem Ausstieg bzw. bei ihrem Ausstieg vor dem Einstieg zu unterstützen, gibt es (gefördert durch die Stadt Dortmund) seit 2011 ein Beratungsangebot für diese Zielgruppen.

Dieses Angebot befindet sich seit Januar 2014 in der Trägerschaft des zivilgesellschaftlichen Vereins BackUp – ComeBack ... e.V.

Die Beratung, die anonym und kostenlos in einem sicheren Rahmen erfolgt, richtet sich auch an Eltern und direkte Angehörige, die unmittelbar betroffen und ratlos sind, weil sich ihr Kind (Geschwister, Enkel etc.) in der rechtsextremen Szene aufhält oder gerade dabei ist, in diese Szene abzugleiten.

ComeBack handelt unabhängig von Behörden und Polizei, kooperiert aber bei Bedarf regional bzw. überregional mit unterschiedlichen Fachorganisationen (z.B. NinA NRW, Nordverbund Ausstieg Rechts).

Neben der individuellen und begleitenden Ausstiegsberatung bietet ComeBack für Fachkräfte aus dem Lebensumfeld von jungen Menschen (z.B. Lehrern/-innen, Ausbildern/-innen, Sozialarbeitern/-innen, Ehrenamtlern/-innen) Informations-, Aufklärungs-, und Beratungsangebote zum Thema Rechtsextremismus-Prävention und Deradikalisierung an. Ziel ist hierbei, Sensibilisierung und Kompetenz im Umgang mit der Thematik Rechtsextremismus bei jungen Menschen zu erweitern.

Kontakt

ComeBack

Tel. 0162/218 41 12

www.backup-comeback.de



BackUp

Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Fast jeden zweiten Tag kommt es in NRW zu einer rechtsextrem oder rassistisch motivierten Gewalttat. Derartige Angriffe treffen die Betroffenen meist unerwartet und ohne Schuld – sie sind geprägt von menschenfeindlichen Weltbildern und Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen.

Der gewaltsame Übergriff und seine Folgen sind für viele Betroffene nicht alleine zu bewältigen. Sie leiden nicht nur unter den körperlichen Verletzungen, sondern häufig auch unter Ängsten, Panik und dem Gefühl der Hilflosigkeit. An diesem Punkt setzt die Opferberatung BackUp an.

Die Beratungseinrichtung unterstützt Opfer von rechtsextremer und rassistischer Gewalt aufsuchend in Westfalen. Darüber hinaus steht BackUp nach rechten Angriffen den Angehörigen der Opfer sowie Zeuginnen oder Zeugen der Ereignisse kostenlos mit Rat und Tat zur Seite. Die Beraterinnen und Berater helfen Betroffenen bei der Bewältigung der (un)mittelbaren und (im)materiellen Angriffsfolgen und unterstützen sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte, damit sie neue Handlungsspielräume gewinnen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen an einen Ort, den die Betroffenen selbst bestimmen können, und beraten bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Sie hören zu und helfen, das Erlebte zu verarbeiten. Zudem begleiten die Beraterinnen und Berater zu Arzt-, Polizei- und Gerichtsterminen. Die Beratung erfolgt unentgeltlich und vertraulich. Auf Wunsch können die Ratsuchenden auch anonym beraten werden.

Darüber hinaus ist es ein wesentliches Ziel von BackUp, die Öffentlichkeit für das Problem rechtsmotivierter Gewalt zu sensibilisieren und die Perspektive der Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken. Auf diese Weise will die Opferberatung gesellschaftliche und politische Solidarisierungsprozesse anregen.

Das Projekt wurde im November 2011 gegründet und ist zuständig für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster. Im Team der Opferberatung arbeiten sieben qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unterstützung erfährt BackUp auch von Honorarkräften und Ehrenamtlichen.

Gefördert wird die Opferberatung durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugendliche, Kunst und Sport des Landes NRW und die Stadt Dortmund.

Zum 1. Januar 2014 hat der zivilgesellschaftliche Verein „BackUp – ComeBack ... e. V.“ die Trägerschaft der Opferberatung übernommen.

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Kontakt

BackUp

Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt
Königswall 36

44137 Dortmund

Tel. (0231) 53 20 09 40

0172/104 54 32 (Mo–Fr 9.00–18.00 Uhr,

am Wochenende wird einmal die Mailbox abgehört)

Fax: (0231) 53 20 09 44

contact@backup-nrw.org



Mahn-
und Gedenkstätte
Steinwache

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Das 1928 als Teil der Polizeiwache an der Steinstraße, besser bekannt als „Steinwache“, errichtete Dortmunder Polizeigefängnis stellte zwischen 1933 und 1945, bekannt als „Hölle Westdeutschlands“, einen der zentralen Orte nationalsozialistischer Verfolgung in Dortmund dar. Noch bis 1959 wurde es von der Dortmunder Polizei genutzt und diente anschließend bis 1986 als Unterkunft für Obdachlose. Aufgrund zivilgesellschaftlichen Engagements gelang es, Abrisspläne abzuwenden, die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ des Dortmunder Stadtarchivs in das ehemalige Gefängnisgebäude zu integrieren und selbiges 1992 als „Mahn- und Gedenkstätte Steinwache“ zu eröffnen. Die Steinwache ist seitdem ein lokaler Lernort der historisch-politischen Bildung für Dortmund und die ganze Region.

Öffnungszeiten sind dienstags bis sonntags von 10.00 bis 17.00 Uhr, der Eintritt ist kostenlos. Ausstellungsführungen, Kurzseminare und Projektstage können über den unten stehenden Kontakt gebucht werden.

Die Steinwachen-App ist im Google-Store und im App-Store kostenlos erhältlich.

Kontakt

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Dr. Stefan Mühlhofer

Steinstraße 50

44147 Dortmund

Tel. (0231) 50-2 50 02

Fax (0231) 50-2 60 11

stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de

www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/dortmund



Stadt Dortmund
Ordnungsamt

Ordnungsamt Dortmund – Task Force Dorstfeld

Das Ordnungsamt hat sich aktiv in das Netzwerk gegen Rechtsextremismus eingebracht und wird dies auch zukünftig tun.

In enger Abstimmung mit der Polizei ist das Ordnungsamt mit uniformierten Kräften regelmäßig in Dorstfeld präsent.

Diese Präsenz wird bei Bedarf kurzfristig erhöht und kann auch auf andere Stadtteile ausgedehnt werden. Illegale gewerbliche Aktivitäten zu bekämpfen, ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt.

Kontakt

Stadt Dortmund
Leitung des Ordnungsamtes
Olpe 1
44122 Dortmund
ordnungsamt@stadtdo.de
www.ordnungsamt.dortmund.de

Stadt der Vielfalt gegen Rechtsextremismus

Die Stadt Dortmund ist stolz auf ihre Vielfalt und unterstützt daher Initiativen, die sich für die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen in unserer Stadt einsetzen.

Egal, ob es um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oder Menschen mit Behinderung geht, unabhängig von Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Der Dialog und die Förderung des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt stehen dabei stets im Vordergrund, zum Beispiel beim Aktionsplan Soziale Stadt, dem MIA-DO – Kommunales Integrationszentrum Dortmund, der Behindertenbeauftragten oder der Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente – für alle gilt gleichermaßen: Vielfalt ist ein Gewinn für unsere Stadt.

Kontakt

Stadt Dortmund
Hermann Schultenkämper
Friedensplatz 1
44122 Dortmund
Tel. (0231) 50-2 64 48
Fax (0231) 50-2 75 85
hschulte@stadtdo.de
www.buergerinteressen.dortmund.de

Integrationsrat

Leider stehen immer mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Fokus der Rechtsextremisten. Die Bandbreite dieser menschenfeindlichen Anschauungsweise und Aktivitäten geht von Gewalt, Terror, Drohungen bis hin zu Mord.

Für den Integrationsrat der Stadt Dortmund, als ein von der Dortmunder Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte nach demokratischen Prinzipien gewähltes Gremium, ist es daher selbstverständlich, sich aktiv für die Bekämpfung rechtsextremistischer, menschenfeindlicher und diskriminierender Ideologien einzusetzen und dies als ein Hauptziel seiner politischen Arbeit zu definieren.

Der Integrationsrat der Stadt Dortmund setzt sich entschlossen für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit ein; Grundrechte, die durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt sind. Der Integrationsrat steht für Freiheit, Toleranz, internationales Miteinander, Solidarität und Demokratie. Die Mitglieder des Integrationsrates engagieren sich darüber hinaus in vielfältiger Weise in den zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus in der Stadt.

Kontakt

Geschäftsstelle Integrationsrat

Friedensplatz 5
44137 Dortmund
Tel. (0231) 50-2 25 20
Fax (0231) 50-1 00 27
integrationsrat@dortmund.de
www.integrationsrat.dortmund.de



Stadt Dortmund
Jugendamt



Respekt-Büro

Respekt ist mehr als Akzeptanz

Das Respekt-Büro des Jugendamtes führt Trainings, Projekte und Workshops für Jugendliche und Fachleute im schulischen und außerschulischen Bereich durch.

Besondere Schwerpunkte sind antirassistische Bildungsarbeit, universelle Menschenrechte, Förderung demokratischer Werte und vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung. Mit diesen Maßnahmen leistet das Respekt-Büro einen wesentlichen Beitrag für eine gelebte Demokratie Jugendlicher in Dortmund.

Als besonderes Angebot steht zusätzlich eine Anlaufstelle für Eltern und Bezugspersonen von rechts-extremen Jugendlichen zur Verfügung.

Kontakt

Stadt Dortmund – Jugendamt

Respekt-Büro

Stefan Woßmann

Rheinische Str. 135

44147 Dortmund

Tel. (0231) 47 79 84 61

Fax (0231) 47 79 84 70

respekt@dortmund.de

www.dortmund.de/respekt



Schule ohne Rassismus (SOR)

Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist ein Projekt der Aktion Courage e. V. für und von Kindern und Jugendlichen aller Schulen, die die Notwendigkeit sehen, Diskriminierung – insbesondere Rassismus-Mobbing, Ausgrenzung und Gewalt – couragiert zu bekämpfen. Eine Begleitung des Projektes erfolgte zunächst über die RAA Dortmund und steht nun unter der Federführung von MIA-DO – Kommunales Integrationszentrum Dortmund. Dieses berät die Schulen bei der Auswahl sowie Durchführung der Projekte und ist für die Vergabe der Zertifikate zuständig. Die Verteilung der SOR-Schulen bezogen auf die Schulformen sieht in Dortmund folgendermaßen aus:

- 6 Grundschulen
- 2 Hauptschulen
- 5 Realschulen
- 6 Gesamtschulen
- 1 Sekundarschule
- 12 Gymnasien
- 4 Berufskollegs
- 1 Förderschule

In NRW unterstützt das Schulministerium das Projekt personell. Die Landeskoordination fördert die Zusammenarbeit der SOR-SMC-Schulen, insbesondere in der Region, vermittelt Referenten/-innen und Trainer/-innen zu den Themen Gewalt, Rassismus, Zivilcourage für Schüler/-innen- und Lehrer/-innen-Fortbildungen, organisiert Treffen der Aktiven auf Landesebene usw. MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund ist Teil des Netzwerkes SOR-SMC der Landeskoordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren, LAKI.

Kontakt

**Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates
MIA-DO – Kommunales Integrationszentrum Dortmund
Gabriele Krieling**

Tel. (0231) 50-2 64 90
gkrieling@stadtdo.de
Friedensplatz 5, 44135 Dortmund



90 Minuten gegen Rechts

Die DGB-Jugend Dortmund-Hellweg bietet seit März 2009 verschiedene Module zu rechten Symbolen, Musik, Argumenten und der rechten Szene in Dortmund an. Diese sind jeweils auf 90 Minuten konzipiert und werden von geschulten Referentinnen und Referenten durchgeführt. Unsere Zielgruppen sind Schulklassen, Schülervertretungen, Ausbildungsstätten und Jugendgruppen in Dortmund und Umgebung. Diese Module stehen kostenlos zur Verfügung.

Seit April 2011 gibt es zudem einen Projekttag in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. Unter dem Titel „Historischer Nationalsozialismus und heutige Neonazis“ wird eine Führung durch die Mahn- und Gedenkstätte angeboten, darüber hinaus wird nach einer Arbeitsgruppenphase und einem 90-Minuten-Modul der DGB-Jugend die Vergangenheit mit der Gegenwart in Verbindung gesetzt.

Bislang haben 940 Module stattgefunden und dabei wurden ca. 22.000 Jugendliche erreicht (Stand: 17.02.2015). Schirmherr des Projektes ist Oberbürgermeister Ullrich Sierau. Gerade erarbeiten wir gemeinsam mit dem Lernzentrum des BVB mit Unterstützung der BVB-„Leuchte auf“-Stiftung ein neues Modul zum Thema Diskriminierung im Fußball. Dieses wird in 2015 fertiggestellt und angeboten.

Kontakt

DGB Region Dortmund-Hellweg

Tina Malguth

Jugendbildungsreferentin

Ostwall 17-21

44135 Dortmund

tina.malguth@dgb.de



leuchte auf
DIE BVB STIFTUNG



Borussia verbindet ...

... Generationen, Männer und Frauen, alle Nationen!
– diese BVB-Fanhymne von Bruno Knust steht sinnbildlich für das Engagement von Borussia Dortmund gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art. Dahinter steht die große schwarzgelbe Familie mit den Verantwortlichen des BVB und der gegründeten Stiftung „Leuchte auf“ sowie der Fan- und Förderabteilung und vor allem den vielen Fans und Fanclubs.

Für den BVB beginnt der Einsatz gegen Rechtsextremismus in der verantwortungsvollen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Mit speziellem Fokus auf die Dortmunder Vergangenheit erarbeitet der BVB gemeinsam mit den Fanstrukturen Bildungsfahrten in Gedenkstätten und möchte mittelfristig dazu beitragen, das Gedenken der Dortmunder Opfer des Nationalsozialismus aufrecht zu halten.

Die Mechanismen rassistischer und antisemitischer Ausgrenzung finden sich jedoch auch in der Gegenwart. Borussia Dortmund tritt diesen entgegen und versucht, die Aktivitäten der unterschiedlichen Institutionen und Aktivisten zu bündeln sowie die unterschiedlichen Faninitiativen finanziell wie auch infrastrukturell zu fördern. Alle Fans des BVB sind aufgerufen, sich gemäß der Werte von Borussia Dortmund innerhalb wie außerhalb des Stadions einzusetzen!

Kontakt

Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA
Rheinlanddamm 207–209
44137 Dortmund
info@bvb.de

Dortmunder Runder Tisch gegen Rechtsextremismus

Oberbürgermeister Ullrich Sierau hat im März 2012 erstmalig wichtige Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Handel, zivilgesellschaftlichen Institutionen, Lehre und Ausbildung, Polizei und Verwaltung in der Stadt zum „Dortmunder Runden Tisch gegen Rechtsextremismus“ eingeladen.

Durch die Einrichtung des Runden Tisches ist die gesamte Breite der Stadtgesellschaft mit ihrer Leitungsebene beim Einsatz gegen Rechtsextremismus repräsentiert und vernetzt. Informationen fließen schneller und direkter, gemeinsames Überlegen, Verabreden und Handeln werden gefördert, gemeinsame Positionen entwickelt.

Damit wird bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen gestärkt, zu mehr Zivilcourage ermutigt und auf allen Ebenen Gesicht gezeigt gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus.

Kontakt

**Koordinierungsstelle für Vielfalt Toleranz und Demokratie
Birgit Miemitz, Michael Plackert**

Friedensplatz 1

44122 Dortmund

Tel. (0231) 50-2 64 50 und 50-2 61 56

vielfalt@dortmund.de

www.vielfalt.dortmund.de

Brackel „Bunt – statt Braun“

Das Netzwerk „Bunt– statt Braun“ entstand 2007 im Stadtbezirk Brackel. Damals bestand die Notwendigkeit, innerhalb von wenigen Tagen für ein komplettes Wochenende eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten zu planen, um den Nazis den Raum für eine geplante Demonstration zu nehmen. Das Netzwerk arbeitet bis heute und ist trotz wechselnder Ansprechpartner und Aufgaben ein Garant für den dauernden Kampf gegen Rassismus und Intoleranz. Aktive kommen aus den vielen Vereinen, Verbänden, den Kirchen und der Politik. Sie repräsentieren einen bunten Querschnitt der Stadtgesellschaft.

Die Veranstaltungen reichen von Lesungen bis hin zu Konzerten. Das jährliche Open-Air-Konzert rund um die Jugendfreizeitstätte Brauks ist mittlerweile ein fester Bestandteil des Kalenders geworden, und genau so sollen auch die anderen Aktivitäten verstetigt werden. Daran arbeiten die Akteure seit Jahren mit Erfolg und viele der ehemals einmaligen Aktionen sind mittlerweile zu eigenständigen Ereignissen herangewachsen. So sind etwa die Gedenkstätten im Stadtbezirk regelmäßig Orte von Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen.

Eine völlig neue Aufgabe ist den Akteuren mit der Betreuung der Flüchtlinge zugewachsen! Auch hier sind es vielfach die Menschen aus dem Netzwerk „Bunt statt braun“, die sich engagieren und neue Mitstreiter für völlig neue Aufgaben gewinnen konnten. Und besonders erfreulich ist die Tatsache, dass es zunehmend gelingt, auch jüngere Menschen für die Mitarbeit zu gewinnen. Das lässt die „Alten Hasen“ dann doch beruhigt in die Zukunft sehen!

Kontakt

Netzwerk Brackel „Bunt statt baun“

Brackeler Hellweg 170
44309 Dortmund
bvst-brackel@dortmund.de

Der Runde Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld

In Dorstfeld haben sich seit über zehn Jahren zahlreiche Dorstfelder Organisationen, Vereine, Jugendhilfeträger, Schulen und Einzelpersonen zum Runden Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld zusammengeschlossen.

Ziel des Runden Tisches ist es, mit demokratischen Formen der Auseinandersetzung und der Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements den in Dorstfeld ansässig gewordenen Rechtsextremen deutlich zu machen, dass antidemokratische Bestrebungen und Handlungen von den Menschen dieses Stadtteils nicht geduldet werden. Einer der Schwerpunkte in der Arbeit des Runden Tisches ist der Informationsaustausch über die Aktivitäten der rechten Szene im Stadtteil und darüber hinaus.

Des Weiteren wird durch die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten und Maßnahmen deutlich gemacht, dass der Stadtteil Dorstfeld fest in demokratischer Hand ist. Im Fokus der präventiven Maßnahmen stehen dabei besonders die Heranwachsenden und jungen Menschen im Stadtteil.

Kontakt

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie Hartmut Anders-Hoepgen

Friedensplatz 1
44122 Dortmund
Tel. (0231) 50-2 64 50
vielfalt@stadtdo.de
www.vielfalt.dortmund.de

Der Runde Tisch für ein demokratisches Eving

Der Runde Tisch für ein demokratisches Eving hat sich auf Einladung des Bezirksbürgermeisters Anfang März gegründet.

Beim Runden Tisch treffen sich Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien, der Kirchengemeinden, der Migrantenselbstorganisationen, der Schulen, aus Evinger Vereinen, Organisationen der Wohlfahrtspflege und aus Jugendeinrichtungen.

Die Mitglieder möchten gemeinsam Zeichen setzen und Aktivitäten entwickeln, die deutlich zeigen, dass rechts-extreme Haltungen und Einstellungen nicht der Evinger demokratischen Kultur entsprechen und nicht geduldet werden.

Dabei sollen die die Aktivitäten zum einen darauf zielen die Demokratie auch im öffentlichen Raum zu schützen und zum anderen die gezielte Weiterentwicklung präventiver Angebote für Kinder und Jugendliche als Schwerpunkt zu setzen.

Kontakt

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Birgit Miemitz

Friedensplatz 1

44122 Dortmund

Tel. (0231) 50-2 64 50

Der Runde Tisch Grimmelsiepen – Brücken bauen zwischen den Kulturen

„Die Menschen bauen zu viele Mauern
und zu wenig Brücken“

Friedensnobelpreisträger Dominique Pire

Seit zehn Jahren arbeitet der Runde Tisch Grimmelsiepen daran, in Hörde Brücken zu bauen zwischen den Kulturen. Kirchengemeinden, Parteien und engagierte Einzelpersonen haben 2003 gemeinsam mit der Türkisch-Islamischen Gemeinde einen „Runden Tisch“ gegründet, um das Zusammenleben in Hörde von Menschen aus unterschiedlichen Religionen und Kulturen zu fördern und weiterzuentwickeln. Denn im Zusammenhang mit der öffentlichen Auseinandersetzung um den Neubau der Moschee am Grimmelsiepen wurde deutlich, dass manche Einstellung nicht durch persönliche Begegnungen mit den Mitgliedern der Hörder Moscheegemeinde, sondern durch Bilder aus den Medien über „den“ Islam geprägt ist.

Der Runde Tisch Grimmelsiepen setzt sich dafür ein, dass die religiöse und kulturelle Vielfalt Hördes als Bereicherung wahrgenommen wird und nicht als Bedrohung.

Deshalb lädt er u. a. zu Festen der Begegnung, Vorträgen, Diskussionsabenden und Kulturveranstaltungen ein.

Außerdem hat der Runde Tisch Grimmelsiepen in den vergangenen Jahren Demonstrationen gegen Pro NRW und Aufmärsche von Rechtsextremisten in Hörde organisiert bzw. mitgestaltet.

Kontakt

Pfarrer Niels Back

Tel. (0231) 46 26 88

E-Mail: n.back@evangelisch-in-wellinghofen.de

Ogün Arpacı

Tel. (0231) 43 28 03

E-Mail: arpaci@web.de

Runder Tisch gegen Rechts in Huckarde

Seit Ende 2012 versucht die Partei „Die Rechte“, in Huckarde ein Parteibüro zu eröffnen. In unmittelbarer Reaktion hierauf haben sich in Huckarde zahlreiche gesellschaftlich relevante Gruppierungen zusammengeschlossen, um Aktionen gegen Rechtsextremismus zu koordinieren.

Neben den demokratischen Parteien engagieren sich Huckarder Vereine, Schulen, Kirchen, Jugendorganisationen, Träger der Jugendpflege, Arbeitskreise und interessierte Einzelpersonen.

Dieser Runde Tisch stellt in Huckarde den Informationsaustausch über Aktivitäten der rechten Szene sicher und ist Anlaufstelle für Betroffene. In einer ganzen Reihe von Veranstaltungen wurde mit breitem bürgerschaftlichen Engagement ein Zeichen für Demokratie, Toleranz und gesellschaftliche Vielfalt gesetzt.

Kontakt

Harald Hudy
Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Huckarde
Rahmer Straße 1
44369 Dortmund
Tel.: (0231) 5 57 73 00
E-Mail: Hudy@Hudy-Eitner.de

Runder Tisch gegen politischen Extremismus in Lütgendortmund

Im September 2011 hat die Bezirksvertretung Lütgendortmund einstimmig beschlossen, einen Gesprächskreis über den politischen Extremismus einzuberufen, an dem alle Parteien, Kirchen und gesellschaftlich relevante Gruppen im Stadtbezirk, sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können.

Seither finden regelmäßige Treffen statt, in denen Informationen über extremistische Bestrebungen und Handlungsweisen auf breiter Basis ausgetauscht werden.

Aus dem runden Tisch hat sich ein stabiles Netzwerk entwickelt und im März 2013 mit der Veranstaltung „Lauf gegen Rechts“ ein deutliches Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gesetzt.

Kontakt

bvst-luetgendortmund@staddortmund.de



Netzwerk gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede

Leitbild des „Netzwerks gegen Rechts“

1. Präambel des Netzwerks gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede
 - Das „Netzwerk gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss demokratischer Bürgerinnen und Bürger und Organisationen aus dem Stadtbezirk Mengede, mit dem Ziel, die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts zu verhindern.
 - Die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Stadtbezirks sollen für die Gefahren, die von rechten Organisationen ausgehen, sensibilisiert werden.
 - Das Netzwerk gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede will möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreichen, um mit gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen ein klares Zeichen für Vielfalt, Verständigung sowie Demokratie und gegen den Rechtsextremismus zu setzen
2. Wer kann sich dem Netzwerk anschließen
 - Einzelpersonen oder Gruppen, die sich mit den o.a. Zielen identifizieren.
3. Rechtsform
 - Das Netzwerk ist ein loser Zusammenschluss von Personen und Gruppen. Eine besondere Rechtsform gibt es nicht. Gegenüber Behörden treten einzelne Personen der Steuerungsgruppe des Netzwerkes als Ansprechpartner auf.
4. Organisation
 - Die Organisation erfolgt durch regelmäßige Treffen, bei denen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleichberechtigt sind. Die Teilnahme am Netzwerk und dessen Aktionen ist freiwillig.

Kontakt

R. Martin-Bullmann
Joachim-Neanderstraße 3–5
44359 Dortmund
Tel. (0231) 35 64 43



Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

Unser Motto: **bunt statt braun!**

Dem ARBEITSKREIS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS gehören viele Organisationen aus der Mitte der Gesellschaft an. Seine Mitglieder organisieren seit 2001 regelmäßig Demonstrationen gegen Neonazi-aufmärsche. Mit ihren unterschiedlichen weltanschaulichen Orientierungen wirken sie als Demokraten im Einsatz gegen Rechtsextremismus zusammen – ein Abbild der toleranten Dortmunder Zivilgesellschaft. Manchmal sind es tausende Bürgerinnen und Bürger, die sich dem Aufruf des Arbeitskreises zum kreativen und gewaltfreien zivilgesellschaftlichen Protest anschließen. Unser Plakat „Dortmund hat keinen Platz für Rechtsextremismus“ hängt in vielen Fenstern. Der Aufkleber „Bunt statt Braun“ gibt allen Gelegenheit, ihre Überzeugung öffentlich zu zeigen. Wer mehr wissen will, kann unseren Newsletter bestellen.

Aufgrund der schwer erträglichen Ereignisse der Wahnacht im Mai 2014 hat der Arbeitskreis zuletzt ein Rechtshilfekomitee für jene organisiert, die sich an dem Tag schützend vor das Rathaus gestellt haben.

- Bestellung Newsletter:
-> Kostenlos unter kontraRE@gmx.de
- Plakate „Dortmund hat keinen Platz für Rechtsextremismus“, Aufkleber „Bunt statt Braun“ -> bestellen unter „Kontakte“
- Wir helfen Ihnen auch bei -> Referenten/-innen für Ihre Gruppen und Kooperationswünsche bei Projekten.
- Kontakt zum -> Rechtshilfekomitee Wahlnacht 25.5.14
- Spenden erbeten

Mitgliedsorganisationen (Dortmunder Gliederungen) von:

- Auslandsgesellschaft
- AWO
- B 90/Die Grünen
- CDU
- DGB
- Der Paritätische
- Evangelische Kirche
- Evangelische Studierendengemeinde
- Fachhochschule
- Integrationsrat
- Jugendring
- Katholische Stadtkirche
- „Pro Dortmund“
- SPD
- Gegen Vergessen (jeweils die Dortmunder Gliederungen)

Kontakt

DGB Dortmund Hellweg
Jutta Reiter/Ralf Beltermann
Ostwall 17-21
44135 Dortmund
Tel. (02 31) 55 70 44-0
dortmund@dgb.de

Ev. Kirchenkreis Dortmund
Referat Gesellschaftliche Verantwortung
Pfr. Friedrich Stiller
Jägerstraße 5
44145 Dortmund
Tel. (02 31) 84 94-373
rgv@ekkdo.de
www.dortmund-rechts.de



Bündnis Dortmund gegen Rechts

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts (BGR) besteht seit Mai 2000. Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, aber auch interessierte Einzelpersonen nehmen an den monatlichen Treffen teil, bringen ihre Ideen ein und bilden so das Bündnis Dortmund gegen Rechts.

Das BGR geht davon aus, dass gegen den Neofaschismus alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen: „Neonazis können in solchen Städten ihre Strukturen schlecht entwickeln, wo die Gesellschaft in der Lage ist, sich über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg auf einen grunddemokratischen Nenner zu einigen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Die Arbeit des Bündnisses ist von Beginn an auf Dauer angelegt und will mehr als nur auf Nazi-Provokationen reagieren. Die drei Handlungsfelder:

1. Aufklärung

... über Wurzeln, Erscheinungsformen, Strukturen und Ziele des Neofaschismus. Dazu organisiert das Bündnis Dortmund gegen Rechts Vortrags- und Gesprächsveranstaltungen und Infostände.

2. Kulturarbeit

Das Bündnis hat eine eigenständige antifaschistische Kultur im öffentlichen Raum entwickelt. Sie soll alle Interessierten zur kreativen Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart einladen.

3. Widerstand

... gegen Nazi-Strukturen und -Aufmärsche. Das Bündnis Dortmund gegen Rechts entwickelt Aktivitäten gegen Nazi-Treffpunkte und verfolgt den Anspruch, gemeinsam mit anderen koordiniert gegen Nazi-Aufmärsche auf die Straße zu gehen. Der sichtbare Protest wird vom BGR als ebenso wichtig erachtet wie die Aufklärung und Kulturarbeit.

Kontakt

Bündnis Dortmund gegen Rechts

Postfach 10 06 16

44006 Dortmund

dortmundgegenrechts@web.de

www.dortmundgegenrechts.wordpress.com



Dortmund Nazifrei – Bündnis demokratisches Dortmund

Dortmund Nazifrei wurde 2011 gegründet. Es ist ein Bündnis verschiedener demokratischer Organisationen, Parteien und Verbände. Ziel des Bündnisses ist es, die immer wieder stattfindenden Aufmärsche unterschiedlicher rechtsextremer Organisationen friedlich und gewaltfrei zu behindern und zu verhindern.

Dabei verzichtet das Bündnis ausdrücklich auf gewaltsame Aktionen jeder Art gegen Menschen und Sachen. Im Vorfeld anstehender Aufmärsche von Rechtsextremen lädt das Bündnis zu Treffen ein, auf denen gemeinsam das jeweilige Vorgehen besprochen und beschlossen wird. Dabei sucht das Bündnis ausdrücklich die Kooperation mit anderen Bündnissen, um möglichst effektiv und gemeinsam den Aufmärschen und Auftritten von Rechtsextremen zu begegnen.

Das Bündnis verfügt über die notwendige Infrastruktur um den Protest gegen die Aufmärsche von Rechtsextremen wirksam zu koordinieren, um an unterschiedlichen Stellen im öffentlichen Raum, aktiv Aufmärsche zu behindern und zu verhindern. Zwei Mal waren wir damit auch schon sehr erfolgreich. Im September 2011 und September 2013 ist es uns gelungen, Naziaufmärsche zu behindern.

Kontakt

**DGB Region Dortmund-Hellweg
Jugendbildungsreferentin**

Tina Malguth

Ostwall 17–21

44135 Dortmund

Tel. (0231) 55 70 44-11

0170/9146621

tina.malguth@dgb.de



Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus

Die Evangelische Kirche in Dortmund ist seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus aktiv.

Unter dem Motto: „Unser Kreuz hat keine Haken!“ trifft sich seit 2012 der Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus. Ziel ist eine Vernetzung innerhalb der Evangelischen Kirche, auch Mitglieder der Katholischen Kirche und andere Interessierte sind dabei. Der Arbeitskreis schafft Gelegenheit, sich über Gemeindegrenzen hinweg auszutauschen, Hintergrundinformationen zur lokalen rechten Szene zu bekommen oder auch gemeinsame Aktionen zu verabreden. Der Arbeitskreis trifft sich einmal im Quartal. Er bietet regelmäßige Informations- und Diskussionsveranstaltungen an. Themen waren z.B. Geschichte des Rechtsextremismus in Dortmund, NPD-Verbot oder eine Diskussion mit dem Polizeipräsidenten. Wer mitarbeiten will, kann sich anmelden und erhält ein Startinfo-Paket.

Kontakt

Evangelischer Kirchenkreis Dortmund Pfarrer Friedrich Stiller/Diane Spitz

Jägerstraße 5

44145 Dortmund

Tel. (0231) 84 94-373

rgv@ekkdo.de

www.christen-rechts.de

Facebook: Christen gegen Rechts –

Arbeitskreis der Ev. Kirche in Dortmund

Huckarder Bündnis gegen RECHTS

Das Aktionsbündnis hat sich 2012 gebildet, als bekannt wurde, dass die Partei „Die Rechte“ ein Ladenlokal nahe des Huckarder Ortskerns gekauft hatte mit der Absicht, dort ein Parteibüro zu eröffnen. Das Bündnis besteht aus einem breiten Spektrum von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Schulen, Kirchen-, Moscheegemeinden und Parteien. Mittlerweile sind die Aktivitäten des Bündnisses über die Grenzen des Stadtbezirks hinaus bekannt.

Aus einer ersten spontanen Kundgebung nahe des Ladenlokals, entwickelte sich in den folgenden Wochen rasch eine regelmäßige Demonstration auf dem Huckarder Marktplatz, die den entschlossenen Widerstand der Bevölkerung deutlich machte.

Dabei gehörte es von Anfang an zur Tradition dieser Kundgebung, dass sich bekannte Künstlerinnen und Künstler Dortmunds zur Verfügung gestellt haben und eindeutig Stellung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie bezogen haben.

Das Bündnis legt großen Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechts. Aktuell finden die Kundgebungen vierteljährlich jeden 1. Samstag auf dem Huckarder Marktplatz statt. Die Botschaft des Aktionsbündnisses lautet aber weiterhin unmissverständlich:

Ladenschluss! – Kein Nazibüro in Huckarde und anderswo.

Kontakt

E-Mail: hubueegegenrechts@gmx.de

Facebook: Huckarder Bündnis gegen rechts



Pro-Dortmund e. V.

Unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ stehen beim AWO Unterbezirk Dortmund vielfältige Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Im Jahr 2009 erfolgte die Gründung von Pro-Dortmund e. V. durch 16 Mitarbeiter/-innen und Mitglieder der AWO Dortmund. Es war die Zeit, als sich nach dem Vorbild der rechtspopulistischen Bewegung „Pro Köln“ in einigen Städten weitere Pro-Gruppen gründen wollten.

Die AWO Dortmund hat hier strategisch und kreativ die Etablierung von Ablegern der Pro-Bewegung in der Stadt Dortmund verhindert. Die Internetdomänen wurden besetzt und der Name durch den Vereinsstatus geschützt. Zweck des Vereins ist die Förderung des demokratischen Bewusstseins. Der Verein setzt sich für ein friedliches Zusammenleben aller in Dortmund lebenden Menschen ein, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Nation und ihrer religiösen Beziehung. Pro-Dortmund e. V. ist partei- und gruppenübergreifend. Im Mittelpunkt steht die öffentliche Information und Aufklärung über fremdenfeindliche und neofaschistische Aktivitäten in Dortmund. Die Arbeit lokaler Bündnisse wird personell, ideell und finanziell unterstützt.

Kontakt

Pro-Dortmund e. V.
Georg Deventer (Vorsitzender)
c/o AWO Klosterstraße 8–10
44135 Dortmund
www.pro-dortmund.de
www.dortmunder-manifest.de



Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. RAG Östliches Ruhrgebiet

Eine Verbindung von historischer Erinnerungsarbeit und konkretem Einsatz für die Demokratie – dies war die Absicht der Gründungsmitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., die sich 1993 vor dem Hintergrund rassistischer und fremdenfeindlicher Ausschreitungen zusammenfanden. Entstanden ist eine überparteiliche, bundesweit tätige Vereinigung. Über 2.000 Mitglieder sind in 30 Regionalen Arbeitsgruppen (RAG) und Sektionen organisiert. Auch in Dortmund gibt es seit 2004 eine eigene Regionale Arbeitsgruppe. Sie hat zum Diskurs über die regionale Dortmunder Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen mit Ausstellungen und Veranstaltungen wichtige Impulse beigesteuert. In den letzten Jahren war sie ein wichtiger und dauerhafter Partner der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

Der Bundesverband betreibt auch die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, die Menschen, die in ihrer privaten oder beruflichen Umgebung mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, mit Informationen und Rat zur Seite steht. Besonders denjenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen, aber anonym bleiben möchten, bietet die Online-Beratung schnelle und kompetente Unterstützung (www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de).

Kontakt

Sprecher der Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet

Hans G. Glasner

Häuskenweg 4

44267 Dortmund

Tel. (0231) 4 61 66

[hgglasner@t-online.de](mailto:hglasner@t-online.de)

www.gegen-vergessen.de



Jugendring Dortmund Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Jugendverbände

Im Jugendring Dortmund haben sich 30 Dortmunder Jugendverbände zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Interessen und die von Kindern und Jugendlichen in Gesellschaft und Politik zu vertreten.

Durch unterschiedliche Angebote engagiert sich der Jugendring für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. So unterstützt die Arbeitsstelle „Jugend und Demokratie“ insbesondere bei konkreten Ideen und Projekten zur Demokratieförderung und gegen Rechtsextremismus, die Arbeitsstelle „Zukunft braucht Erinnerung“ initiiert moderne Projekte der Erinnerungsarbeit und die JugendBotschaft fördert den Dialog von Jugendlichen und lokaler Politik.

Die Angebote richten sich dabei nicht nur an die Gruppierungen der Mitgliedsverbände, sondern junge Menschen in unterschiedlichen Gruppen, Initiativen und Schulklassen werden aufgefordert und unterstützt, sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen.

Kontakt

Jugendring Dortmund Dirk Loose (Vorsitzender)

Friedhof 6–8
44135 Dortmund
Tel. (0231) 52 40 73
Fax (0231) 55 43 65
info@jugendring-do.de
www.jugendring-do.de



StadtSportBund Dortmund e.V.

Der StadtSportBund Dortmund e.V. wendet sich zusammen mit seiner Sportjugend und seinen rund 500 Sportvereinen klar gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber anderen Menschen. Der Sport, in seinen vielen Formen und Arten, ist in allen Ländern der Welt zu Hause und bietet dabei für jeden Menschen die Chance auf Gesundheit, Persönlichkeitsentwicklung, (neue) soziale Kontakte und vieles mehr. Sportliches Miteinander ist unabhängig von Sprache, Religion, Kultur oder Herkunftsland. Dabei wird immer wieder deutlich, dass gerade die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Sportlerinnen und Sportler die Spiele, Wettkämpfe und Meisterschaften erst interessant machen. Die Vielfalt ist bei Freizeitsportlern und -sportlerinnen genauso vorzufinden wie bei den Profis.

Die erfolgreiche Ablehnung von Rechtsextremismus im Sport ist im alltäglich, tausendfach friedlich stattfindenden Miteinander in den Dortmunder Sportvereinen zu sehen und zu erleben.

Kontakt

StadtSportBund Dortmund e.V.

Raffael Diers

Beurhausstraße 16–18

44137 Dortmund

Tel. (0231) 50-1 11 03

r.diers@ssb-do.de

www.ssb-do.de

Das Gedenken an den Terror vor der eigenen Haustür – Dortmund und die Reichspogromnacht 1938

Der 9. November 1938 ist als von den Nazis so titulierte „Reichskristallnacht“ und als Fanal für den wenige Jahre später folgenden systematischen Massenmord am europäischen Judentum in die Geschichtsbücher eingegangen.

In Dortmund hatten Stadt, Partei und Gestapo schon im Vorfeld für den Abriss der großen Synagoge am Südwall gesorgt, was den Mob jedoch nicht davon abhielt, im November 1938 alles anzugreifen, was als jüdisch identifiziert wurde und auch die Höcker Synagoge anzuzünden.

Das in der Nachkriegszeit einsetzende Gedenken an die Ereignisse des 9. November 1938 ist eine der jahrzehntelangen Konstanten Dortmunder Erinnerungspolitik. Dazu organisiert die Stadt Dortmund am 9. November jeden Jahres eine Gedenkveranstaltung im Foyer des Opernhauses, das nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Gelände der alten Synagoge errichtet wurde.

Der Theatervorplatz erhielt 1998 offiziell den Namen „Platz der alten Synagoge“. Hier erinnern ein Gedenkstein und eine Tafel an die Synagoge.

Erinnern an die Opfer national-sozialistischer Gewaltherrschaft – Der Holocaustgedenktag in Dortmund

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, in dem über 1,1 Millionen vor allem jüdische Menschen ermordet worden waren und das seither Inbegriff des systematischen Massenmords am europäischen Judentum geworden ist.

In Deutschland wurde dieses Datum durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 als staatlicher Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus eingeführt.

2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Datum zum internationalen Holocaustgedenktag.

In Dortmund wurde auf Anregung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit erstmals am 27. Januar 1997 im Rathaus eine Gedenkveranstaltung durchgeführt, die seitdem jedes Jahr mit städtischer Unterstützung stattfindet.

Gemordet Karfreitag 1945 – Das Mahnmal in der Bittermark

Kurz vor Kriegsende, unter anderem auch an Karfreitag 1945, ermordete die Dortmunder Gestapo etwa 300 Menschen im Rombergpark und der Bittermark. Die nach Kriegsende geborgenen Leichen beerdigte man zunächst auf Hörder Friedhöfen und in einem Gemeinschaftsgrab auf der „Spielwiese“ in der Bittermark.

Nachdem 1954 auf der „Spielwiese“ eine größere Grabanlage entstand und die auf den Hörder Friedhöfen bestatteten Opfer dorthin umgebettet worden waren, wurde zwischen 1956 und 1960 ein Mahnmal, an dem sich auch französische Opfervertreter beteiligten, errichtet. An Karfreitag, dem 15. April 1960, konnte die offizielle Einweihung mit etwa 10.000 Teilnehmenden erfolgen. Bis heute stellen die zu Karfreitag jeden Jahres am Mahnmal in der Bittermark durchgeführten Gedenkveranstaltungen die größten ihrer Art in Dortmund dar.

Der Internationaler Antikriegstag

Seit den 1950er Jahren demonstrieren deutschlandweit Menschen am 1. September für Frieden und Völkerverständigung. Auch in Dortmund zeigen Menschen an diesem von den Gewerkschaften initiierten Tag Gesicht gegen Rassismus, Diskriminierung und Kriegsgefahr. Die Stadt Dortmund unterstützt die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktionen rund um diesen Tag.

Dadurch ist es nicht nur gelungen, die Aufmärsche der Rechtsextremen an diesem Tag ins Leere laufen zu lassen, sondern auch dafür zu sorgen, dass ihre Versuche diesen Tag zu einem „nationalen“ Antikriegstag umzudeuten, erfolglos bleiben.

Impressum

Dortmund aktiv gegen Rechtsextremismus

Herausgeber:

Stadt Dortmund, Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Hermann Schultenkämper (verantwortlich), Hartmut Anders-Hoepgen

Redaktion:

Hartmut Anders-Hoepgen, Michael Plackert, Birgit Miemitz,
Markus Günnewig, Dr. Stefan Mühlhofer

Fotos:

Dortmund-Agentur, Stefanie Kleemann, Stadtarchiv,
Alexander Völkel/Nordstadtblogger

Gestaltung:

Dortmund-Agentur

Druck:

Dortmund-Agentur – 03/2015

dortmund
aktiv gegen

rechts
extremismus